

## Brief an Gesundheitsministerin, Frau Drese & Ärztekammer MV

### Sehr geehrte Frau Ministerin,

in Mecklenburg-Vorpommern versorgen rund 3.300 Haus- und Fachärzte sowie Psychotherapeuten jährlich über 1,6 Millionen Behandlungsfälle.

Sie sind gleichzeitig Ärzte, Freiberufler und Unternehmer und haben mit eigenem Kapital und auf eigenes Risiko Praxen, Arzthäuser, Medizinische Versorgungszentren und Zentren für ambulante Operationen mit modernster Ausstattung finanziert und aufgebaut.

Anders als Krankenhäuser kennen sie weder staatliche Zuschüsse oder Subventionen noch Vorhaltepauschalen oder Bestandsgarantien; die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten refinanzieren ihre Strukturen und Investitionen vollständig selbst.

Und das, obwohl sie ebenso wie die Krankenhäuser weder die Möglichkeit haben, ihre Preise zu bestimmen noch bislang einen angemessenen Inflationsausgleich erhalten haben. Sie stehen zusammen mit ihren Teams jeden Tag persönlich und unmittelbar weit über jede Regelarbeitszeit hinaus für die Versorgung der Patientinnen und Patienten gerade und genießen deren volles Vertrauen.

Als Ärzte mit abgeschlossener fünfjähriger Weiterbildung, diversen Subspezialisierungen und Zusatzbezeichnungen sowie der Pflicht zum ständigen Nachweis der Einhaltung von Fortbildungs- und Qualitätsstandards bilden sie das breite Spektrum der modernen Medizin ab, das für jeden gesetzlich Krankenversicherten zugänglich ist.

Von Boizenburg bis Pasewalk und von Wismar bis Waren bilden ihre Praxen ein flächendeckendes, wohnortnahes Netz der kritischen Infrastruktur. Ein auch nur teilweiser Wegfall dieser Struktur muss unweigerlich zum Zusammenbruch der medizinischen Versorgung in unserem Bundesland führen.

Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Versorgung der Dialysepatienten, an ambulante Chemotherapien, die Sicherung der Funktionsfähigkeit von Herzschrittmachern oder schlicht die Verordnung von lebenswichtigen Medikamenten.

Kein Krankenhaus kann auch nur ansatzweise die Zahl solcher ambulanten Behandlungen und Untersuchungen kompensieren, die jeden Tag in den Praxen der Niedergelassenen stattfinden.

Umso mehr sorgt es unter unseren Kolleginnen und Kollegen für Irritation, Verärgerung und Frust, wenn öffentlich und weitgehend unwidersprochen der Eindruck erweckt wird, dass vor allem die ambulante fachärztliche Versorgung einen Luxus darstellt, den man sich nur in Deutschland leistet und dass diese Form der wohnortnahen Versorgung ein Auslaufmodell ist und langfristig an die Krankenhäuser gehört. Gern spricht man dabei von der „überflüssigen doppelten Facharztschiene“.

Früher wurde der Kostendruck bemüht, um diese Ansicht zu begründen, heute ist es der Personalmangel.

Dies geschah zuletzt am 07. Juni 2023 auf der Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft durch den Vorstandsvorsitzenden der AMEOS-Klinikgruppe, Dr. Axel Paeger. Wenn dort, übrigens ohne Beteiligung eines Vertreters der niedergelassenen Ärzte, die Situation im Bereich Vorpommern / Ueckermünde so dargestellt wird, als sei dort die ambulante fachärztliche Versorgung bereits zusammengebrochen und werde durch ein Krankenhaus mit einer überschaubaren Anzahl von Fachabteilungen und einer „Hotline“ zu den niedergelassenen Hausärzten kompensiert, ist das schlicht frech, falsch und darf nicht unwidersprochen bleiben!

Beide Strukturen, die ambulante wie die stationäre, sind für die Versorgung der Bevölkerung gleichermaßen unverzichtbar. Konnten Sie, sehr geehrte Frau Drese, nicht erst jüngst feststellen, dass die kinderärztliche Versorgung in Wolgast nach dem Wegfall der entsprechenden Station ambulant durch niedergelassene Ärzte sichergestellt werden kann?

Es gibt zahllose Beispiele für Kooperationen in die eine wie in die andere Richtung. Über 300 stationär tätige Kollegen stellen ihre Expertise im Rahmen von Ermächtigungen auch ambulant zur Verfügung. Und viele Niedergelassene arbeiten zusätzlich an Krankenhäusern und operieren dort oder sind in anderer Weise diagnostisch und therapeutisch tätig.

Es ist unseren Kolleginnen und Kollegen aber nicht zu vermitteln, wenn durch politisch unwidersprochene Äußerungen der Eindruck erweckt wird, dass ihre Praxissitze mittelfristig an die Krankenhäuser gehen.

Können Sie sich vorstellen, welch verheerendes Signal dies auch für den potentiellen Nachwuchs hat, der ebenfalls in unseren Praxen ausgebildet wird?

Sehr geehrte Frau Drese, wir begrüßen es sehr, dass Sie in diesem Sommer einige Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte im Land besuchen wollen. Verschaffen Sie sich bitte einen Eindruck davon, mit wie viel Eigeninitiative, Herzblut und überobligatorischem Einsatz dort allen Widrigkeiten zum Trotz jeden Tag gearbeitet wird.

Sie werden vor allem sehen, welchen Wert die ambulante Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger hat und welches Vertrauen unsere Kolleginnen und Kollegen genießen. Stellen Sie sich bitte bei jeder Praxis vor, welche Folgen es konkret hätte, wenn es diese Praxis nicht mehr gäbe.

Wir würden es außerordentlich bedauern, wenn wir unseren Patientinnen und Patienten sagen müssten, dass diese Form der Versorgung politisch nicht mehr unterstützt wird und eine Bestandsgarantie nur für die Krankenhäuser gilt.

Wir erwarten von Ihnen als zuständige Ministerin ein klares öffentliches Bekenntnis für die Sicherung der ambulanten wohnortnahen Versorgung durch die niedergelassenen Haus- und Fachärzte und Psychotherapeuten! Wenn der öffentliche Diskurs weiterhin so einseitig im Interesse des stationären Bereiches geführt wird und politisch kein Widerspruch erfolgt, müssen die Verantwortlichen für den dadurch entstehenden Schaden klar benannt werden.

Nicht nur die Schließung von Krankenhäusern hat nachhaltigen Einfluss auf das Wahlverhalten und die politische Landschaft in unserem Bundesland. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben in den letzten Jahren die Verschlechterung der Rahmenbedingungen ihrer Arbeit im Interesse der Patientenversorgung erduldet. Sie haben auch die mangelnde Wertschätzung der Leistung ihrer Mitarbeiter in der Corona-Pandemie anderweitig kompensiert.

Wenn es nun aber um die Existenz ihrer Praxen geht, wird der Druck nicht mehr im Kessel zu halten sein.

**Mit freundlichen Grüßen**

gez. Vorsitzende der Landesgruppen MV der Ärztlichen Berufsverbände

Schwerin, den 03.07.2023